



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. April 1987
7. Jahrgang, S. 44–65
ISSN 0177-1868

4

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	44
Haftung des Steuerberaters	45
– Anlageberatung	
– Darlegung des Regreßanspruches	
– Verjährungsbeginn	
– Sekundäranspruch	
(OLG Koblenz Ur. v. 3.12.1986 – 7 U 673/86)	
Haftung des Steuerberaters	51
– Haftung für Anlageberatung	
– Liquiditätsbelastung des Mandanten	
– Bonitätsprüfung	
(LG Marburg Ur. v. 29.1.1986 – 2 O 192/85)	
Haftung des Prospektprüfers	54
– Prospekthaftung und Bauherrenmodell	
– Warnpflichten des Prospektprüfers	
(LG Saarbrücken Ur. v. 30.10.1986 – 3 O 417/85)	

GI Leitsätze

Berichtigung rechtskräftiger Steuerbescheide, §173 AO

1. Es ist eine nachträglich bekanntgewordene Tatsache i. S. des §173 Abs. 1 Nr. 2 AO, wenn das FA nach Durchführung der ESt-Veranlagung davon Kenntnis erhält, daß vom Steuerpflichtigen geleistete (als Sonderausgaben behandelte) Lebensversicherungsbeiträge keine normalen Vorsorgeaufwendungen für den Steuerpflichtigen selbst sind, sondern als Betriebsausgaben zu behandelnde Aufwendungen für die Direktversicherung für Arbeitnehmer des Steuerpflichtigen.
2. Entscheidend ist nicht der Zeitpunkt, wann dem Steuerpflichtigen diese Tatsache bekannt wurde, sondern der Zeitpunkt der Kenntniserlangung durch das FA.
3. Eine grob-fahrlässige Verletzung der generellen Sorgfaltspflicht nach §150 AO ist anzunehmen, wenn ein Steuerpflichtiger die ihm persönlich zuzumutende Sorgfalt in ungewöhnlichem Maße und in nicht entschuldbarer Weise verletzt. Mit der Übergabe der Belege (über die Prämienzahlungen) und der Versicherungsunterlagen an seinen steuerlichen Berater hat der Steuerpflichtige seiner Sorgfaltspflicht (insoweit) Genüge getan, da es grundsätzlich Aufgabe des Beraters ist, die vorhandenen Unterlagen und Angaben nach steuerrechtlichen Gesichtspunkten zu ordnen und zu werten.
4. Das Verschulden von Mitarbeitern des steuerlichen Beraters muß sich der Steuerpflichtige nicht wie eigenes Verschulden zurechnen lassen.
5. Das Verschulden einer Mitarbeiterin des StB führt nicht zu einem Verschulden des StB selbst, wenn der StB mit der Bearbeitung der Unterlagen eine voll ausgebildete Steuerfachgehilfin betraut, von der er erwarten konnte, daß sie die Steuererklärung ordnungsgemäß und sachgerecht erstellen würde. Der Verzicht auf eine genaue Nachprüfung der von der Mitarbeiterin ermittelten Einkünfte beinhaltet keine Sorgfaltspflichtverletzung des StB.
(Niedersächsisches FG Urt. v. 16.4.1986 – IX 312/81 –, rechtskräftig, Stbg 1987, 18)

Haftung des Steuerberaters

- Anlageberatung
 - Darlegung des Regreßanspruches
 - Verjährungsbeginn
 - Sekundäranspruch
- (OLG Koblenz Urt. v. 3.12.1986 – 7 U 673/86)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Zur Darlegungslast eines Schadenersatzanspruches wegen Schlechterfüllung des Anlageberatungsvertrages, wenn der Steuerberater sowohl Vermögensberater als auch Prüfer der Bonität, Rentabilität und der Rechtskonstruktion gewesen sein soll.
2. Eine Hinweispflicht des Steuerberaters auf Fehler in den eigenen Arbeiten und die Verjährungsvorschrift des § 68 StBerG besteht nach Mandatsende (hier: Aufgabe der Berufstätigkeit) nicht mehr. Sie lebt auch nicht wieder auf, wenn der Steuerberater später erfährt, daß seine Beratung u. U. falsch war.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger macht Ansprüche wegen fehlgeschlagener Kapitalanlagen geltend. Er erhebt gegen den Steuerberater diverse Vorwürfe. Er meint, daß er bei ordnungsgemäßer Beratung die Beteiligung an dem Eislaufcenter nicht erworben hätte. Steuerliche Vorteile hätten sich wegen anderweitiger Kapitalanlagen nicht mehr auswirken können. Der Steuerberater bestreitet die Pflichtverletzungen und weist im übrigen darauf hin, daß er seit dem 1.1.1982 seine Steuerberatungspraxis aufgegeben habe. Der vermeintliche Schadenersatzanspruch sei verjährt.

Aus den Gründen:

Darlegungslast

Der Kläger hat einen Schadenersatzanspruch aus Schlechterfüllung einer steuerlichen Beratung nicht ausreichend dargelegt. Entscheidend ist dabei nicht, was der Beklagte, ein Steuerberater, getan hat, sondern wozu er als steuerlicher Berater des Klägers vertraglich verpflichtet war (BGH – IV a ZR 55/83 – GI 33/85 = NJW 1986, 1050). Das wird aus dem Vorbringen des Klägers gegenüber dem Vorbringen des Beklagten nicht

deutlich. Der Beklagte bestreitet, als Vermögensberater als **Prüfer der Bonität der Anlage hinsichtlich Rentabilität** oder als **rechtlicher Prüfer** der juristischen Konstruktion tätig gewesen zu sein. Er behauptet, den Kläger (nur) über die Plausibilität der im Prospekt geschilderten Vorzüge und über die steuerlichen Auswirkungen einer Beteiligung für den Kläger beraten zu haben. Demgegenüber begnügt sich der Kläger mit allgemein gehaltenen Darstellungen, der Beklagte habe die Bemühungen R. unterstützt, er habe ihn zu einer Beteiligung überredet, ihm die Vereinbarung einer Provision mit R. verschwiegen und er habe – anscheinend als steuerlicher Berater – das Objekt geprüft und empfohlen.

Aus dem Vorbringen des Klägers, was der Beklagte als erfahrener Steuerberater bei einer nur groben Überprüfung des Objekts hätte erkennen können (mangelnde Sicherung der Beteiligung, Verbrauch eines großen Teils der Beteiligung für Provisionen und Vergütungen, Fraglichkeit der garantierten Rendite und Fraglichkeit der Anerkennung von Verlustzuweisungen in Höhe von 150 %), könnte sich ergeben, daß der Kläger seinerzeit von dem Beklagten – bis auf den letzten Umstand – Beratungen erwartet hat wie von einem Rechtsanwalt (über die rechtlichen Umstände) und einem Wirtschaftsprüfer (über die Wirtschaftlichkeit des Projekts). Damit wäre aber noch nicht behauptet, der Beklagte, Steuerberater und nicht Rechtsanwalt oder Wirtschaftsprüfer oder Anlageberater, sei als ständiger steuerlicher Berater des Klägers zu solcher Beratung verpflichtet gewesen oder habe sich dazu verpflichtet.

Auch der zweite Vorwurf einer **schlechten steuerlichen Beratung** ist nicht ausreichend dargetan. Der Kläger wirft dem Beklagten nicht vor, überhaupt zu einer steuersparenden Beteiligung geraten zu haben, sondern hält dies für eine Pflicht des Steuerberaters. Sein Vorwurf bezieht sich auf die Größe der Beteiligung, die der Beklagte empfohlen habe (was dieser bestreitet). Nach den Darlegungen des Klägers brauchte er nach den im April 1980 berechtigten Annahmen eine Beteiligung in einer Größe, um maximal 5.500,- DM Steuern einsparen zu können; nach den späteren Ergebnissen für 1980 hätte sich jedoch ohne die Verluste aus der Beteiligung am Eislaufcenter ein positives Einkommen von noch 36.236,- DM ergeben, was 6.428,- DM an Einkommensteuer erfordert hätte. Der Kläger hat nicht dargelegt, welche Kenntnisse oder Erwartungen der Beklagte im April 1980 über den voraussichtlichen Gewinn des zahn-technischen Labors, über die Einkünfte der Ehefrau des Klägers, über Gewinne oder Verluste des Klägers aus der Beteiligung an dem Bauherrenmodell der Ferienwohnanlage in H. oder anderen früheren Beteiligungen hatte, von denen der Kläger eine in B. erwähnt. Es ist nicht behauptet, daß der Beklagte auch mit der Führung der Buchhaltung

des Laborunternehmens betraut war. Ob der Beklagte im April 1980 schon Jahresabschluß und Bilanz 1979 und Einkommensteuererklärung für 1979 erstellt hatte, ist zweifelhaft: die entsprechenden Arbeiten für 1980 hat der Beklagte im August 1981 fertiggestellt. Dann konnte der Beklagte allenfalls auf Zahlen und Daten aus 1978 zurückgreifen. Der Kläger hat so nicht dargelegt, ob der Beklagte von falschen Annahmen ausgegangen ist oder aus richtigen Annahmen falsche Schlüsse gezogen hat hinsichtlich der Größe der erforderlichen steuersparenden Beteiligung. Schließlich ist auch kein Beweis angeboten, daß der Kläger eine Beteiligung an dem Eislaufcenter in einer Höhe von 100.000,- DM empfohlen hat.

Ein Schadenersatzanspruch aus unerlaubter Handlung (Untreue, § 266 StGB oder Betrug, § 263 StGB) besteht nach dem Vorbringen des Klägers nicht. Die Beratung eines Mandanten durch den Steuerberater hinsichtlich Vermögensverfügungen des Mandanten ist nicht Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen im Sinne des Untreuetatbestandes. Für den Betrugstatbestand fehlt es schon an der Ursächlichkeit zwischen Irrtums-erregung (nach Vortrag des Klägers Verschweigen der Provisionsabrede) und Vermögensverfügung (Entschluß zur Beteiligung an einer unsicheren Anlage in einer bestimmten Höhe), aber auch an der Bereicherungsabsicht.

Verjährung, § 68 StBerG, Schadenentstehung

Nach der neueren Rechtsprechung des IVa-Zivilsenats des Bundesgerichtshof (NJW 1986, 1162 = WM 1986, 261), der der Senat folgt, ist der Beginn der Verjährungsfrist je nach Schadenart unterschiedlich. Damit ist nicht die vorangegangene Rechtsprechung (BGHZ 73, 363 = NJW 1974, 1550; BHGZ 83, 17 = GI 8/82 = NJW 1982, 1285 = 1982, 367 = VersR 1982, 468 = ZIP 1982, 451) aufgegeben, daß die Verjährung beginnt, wenn der Schaden entstanden ist und der Ersatzanspruch auch nur im Wege einer Feststellungsklage geltend gemacht werden kann (NJW 1986, 1162 unter III a = GI 86, 27).

Nach dem Vorbringen des Klägers hätte er sich nicht an dem Projekt Eislaufcenter beteiligt, wenn der Beklagte auf die Risiken und die Fragwürdigkeit des Projekts hingewiesen und von einer Beteiligung dringend abgeraten hätte, was nach Meinung des Klägers der Beklagte bei pflichtgemäßem Verhalten hätte tun sollen. Nach dem Vorbringen des Klägers hätte er keine Beteiligung in dieser Größe vorgenommen, wenn der Beklagte es nicht unterlassen hätte, ihn zu unterrichten, daß sich steuerliche Vorteile für ihn kaum noch auswirken würden. Der aus pflichtwidrigem Verhalten des Beklagten hergeleitete Schaden des Klägers

besteht dann in seiner Beteiligung an einem unsicheren, fragwürdigen Projekt in einer Größe, die zur Größe der erzielbaren Steuerersparnis außer Verhältnis steht. Zu Recht sieht daher die Berufung den Schaden als in dem Zeitpunkt entstanden an, als der Kläger die Beteiligung einging, nämlich am 3.4.1980. An diesem Tag hat der Kläger den Beitritt zur Grundstücksgemeinschaft erklärt, den fälligen Teilbetrag und das Disagio dazu gezahlt und einen Kreditantrag über 85.000,- DM mit dem unwiderruflichen Auftrag zur Auszahlung der Valuta an den Treuhänder gestellt. Danach hätte der Kläger schon die Schadenersatzpflicht des Beklagten mit einer Feststellungsklage geltend machen können. Der Umfang des Schadens stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest. Der Schaden konnte sich noch verringern, wenn – wider Erwarten und wider den tatsächlichen Verlauf – die Beteiligung des Klägers an der Grundstücksgemeinschaft nicht völlig verloren und wertlos geworden wäre, wenn von dem Treuhänder T. und dessen Geschäftsführer G. und möglicherweise von dem Anlageberater R. oder dessen GmbH Schadenersatz zu erlangen gewesen wäre und wenn die Einkünfte des Klägers und seiner Ehefrau und die Gewinne und Verluste aus anderen Beteiligungen sich so entwickelt hätten, daß durch die Beteiligung an dem Eilaufcenter Steuern in einer größeren Höhe erspart werden konnten.

Ein – hier unterstellter – Schadenersatzanspruch des Klägers aus falscher steuerlicher Beratung wäre nach § 68 StBerG drei Jahre nach Entstehung des Schadens, im April 1983, verjährt. Da der Beklagte die Verjährungseinrede erhebt, könnte der Kläger den Anspruch nicht mehr durchsetzen.

Sekundäranspruch

Der Kläger könnte der Verjährungseinrede nicht als Replik den „sekundären Schadenersatzanspruch“ nach der Rechtsprechung des IV a-Zivilsenats des Bundesgerichtshofs entgegensetzen.

Das noch nicht voll entwickelte Rechtsinstitut eines sekundären Schadenersatzanspruchs wird vor allem daraus abgeleitet, daß der Gesetzgeber die Verjährungsregelung für Ansprüche gegen den Steuerberater der Verjährungsregelung für Ansprüche gegen den Rechtsanwalt nachgebildet habe, nachdem für den Rechtsanwalt ein entsprechender sekundärer Schadenersatzanspruch in Rechtsprechung und Literatur seit langem anerkannt gewesen war (NJW 1982, 1285, 1286 = GI 8/82), und daß für die steuerberatenden Berufe das Dauermandat typisch sei und die enge persönliche Bindung zwischen Berater und Mandant die vertragliche Treuepflicht und die daraus entspringenden Auskunft- und Belehrungs-

pflichten verstärke (a.a.O. 1287 = GI 8/82). Der Gesetzgeber habe dem Wunsch der Anwaltschaft auf Abkürzung der Verjährungsfrist in einer für den Mandanten sehr einschneidenden Weise Rechnung getragen und diese gesetzliche Regelung lasse sich mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nur dann vereinbaren, wenn zum Ausgleich strenge Anforderungen an die Pflicht gestellt würden, den Mandanten auch über die gegen den Anwalt selbst gerichteten Ansprüche aufzuklären und deren Verjährung vorzubeugen; diese Erwägungen würden auch für die steuerberatenden Berufe gelten (a.a.O. 1287 unter Hinweis auf NJW 1975, 1655, 1656).

Daraus wird eine doppelte Pflicht statuiert, zur Belehrung des Mandanten über den vom Berater begangenen Fehler und zum Hinweis auf die Verjährung des daraus entspringenden Schadenersatzanspruchs. Die Verletzung dieser doppelten Pflicht macht erneut schadenersatzpflichtig mit der Folge, daß der in Anspruch genommene Berater die Verjährungseinrede nicht erheben darf oder nicht wirksam erheben kann (a.a.O. 1287).

Die statuierte doppelte Hinweis- und Belehrungspflicht besteht nicht unbedingt. Sie entfällt, wenn und soweit der Beratene nicht belehrungsbedürftig ist, weil er anderweitig rechtzeitig über die Regreßfrage anwaltlich beraten ist (IV a ZR 283/80 – NJW 1982, 1288 = GI 6/82) oder anderweitig entsprechend beraten ist oder als verständiger, im Geschäftsleben erfahrener Mandant keiner Belehrung bedarf (im Falle eines Anwaltsregresses VI ZR 156/82 – NJW 1984, 2204 = GI 13/84).

Die Verletzung der doppelten Pflicht setzt **Verschulden** voraus. Ein **entschuldbarer Irrtum** in einem Punkt des Beraters läßt das Verschulden voll entfallen (IV a ZR 10/81 – VersR 1982, 1053 in dem Fall des Irrtums, daß die gesetzliche Verjährung des § 68 StBerG nicht durch AGB des Steuerberaters abgekürzt werden kann; IV ZR 79/84 – NJW 1986, 1162 = GI 1986, 13 allgemein für Steuerberater vor Bekanntwerden des Senatsurteils vom 20.1.1982 über die doppelte Belehrungspflicht eines Steuerberaters).

Wann die beschriebene doppelte Pflicht des Steuerberaters zu erfüllen ist, ist bisher nicht klar entschieden. Wenn die Belehrungspflicht entfällt, wenn der Beratene rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung des Schadenersatzes in der Regreßfrage anwaltlich beraten ist (NJW 1982, 1288 = GI 6/82), könnte gefolgert werden, daß der Steuerberater mit seiner Belehrung über Ansprüche gegen sich selbst bis kurz vor Verjährungsablauf abwarten darf (vgl. auch NJW 1986, 1162, 1163 unter II 5 a = GI 1986, 23). Es kann auch daran angeknüpft werden, wann der Steuerberater Anlaß hatte, einen von ihm begangenen Fehler und einen daraus entstandenen Schaden des Mandanten zu entdecken (vgl. NJW 1982, 1285, 1287, 1288 = GI 6/82 und 8/82 unter 3 c und d).

Wendet man diese Grundsätze eines sekundären Schadenersatzanspruchs hier an, so hätte sich der Beklagte nicht in diesem Sinne schadenersatzpflichtig gemacht. Wenn der Beklagte bei der Anfertigung der Jahresabschlüsse 1980 und der Einkommensteuererklärung für 1980 im August 1981 Kenntnis von der Entwicklung der Beteiligung Eislaufcenter bekommen und so Anlaß gehabt hätte zu prüfen, ob seine Beratung des Klägers im April 1980 fehlerhaft gewesen sei und ob er sich schadenersatzpflichtig gemacht hätte, brauchte er zu diesem Zeitpunkt den Kläger nicht irgendwie zu belehren. Das Urteil vom 20.1.1982 über eine solche Belehrungspflicht war noch nicht ergangen; nach damals herrschender Meinung in Rechtsprechung und Literatur (Nachweise NJW 1986, 1162, 1164 = 1986, 13) gab es keine solche Belehrungspflicht.

Mit dem 1.1.1982 hat der Beklagte seine Steuerberaterpraxis überhaupt aufgegeben, nicht nur die Steuerberatung des Klägers. Er nannte dann nicht schuldhaft, wenn er die für seinen früheren Berufsstand maßgebliche Rechtsprechung nicht weiter verfolgte und nach dem Bekanntwerden des Urteils vom 20.1.1982 nicht begann, mit seinen früheren Mandanten wieder in Verbindung zu treten, um für Jahre die Entwicklung der Dinge zu beobachten und jeweils zu prüfen, ob und wann er frühere Mandanten auf früher von ihm begangene Fehler und die Verjährung daraus entspringender Ansprüche hinweisen müsse. Wenn die doppelte Hinweispflicht auf Regreßanspruch und dessen Verjährung auch aus dem typischen Dauermandat eines Steuerberaters, aus der engen persönlichen Bindung und aus der Verstärkung daraus entspringender Belehrungspflichten hergeleitet wird, kann diese Hinweispflicht nicht mehr bestehen, wenn das Dauermandat beendet oder gar der Beruf überhaupt aufgegeben ist. Die Hinweispflicht kann dann nicht dadurch wieder aufleben, daß der ehemalige Steuerberater etwas erfährt, was zur Prüfung eines Regreßfalles Anlaß geben würde. Dem Umstand, daß der Beklagte nach Juni 1982 durch R. auf den Verlust der Beteiligung Eislaufcenter des Klägers hingewiesen worden ist, kommt in diesem Zusammenhang daher keine Bedeutung zu.

Haftung des Steuerberaters

- Haftung für Anlageberatung
- Liquiditätsbelastung des Mandanten
- Bonitätsprüfung

(LG Marburg Urf. v. 29.1.1986 – 2 O 192/85)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Steuerberatungsvertrag ist vom Anlageberatungsvertrag zu unterscheiden.
2. Der Steuerberatungsvertrag verpflichtet nicht zur Prüfung der Bonität und Seriösität einer Kapitalanlage und der Initiatoren.
3. Ein wesentliches Indiz für das Zustandekommen eines Anlageberatungsvertrages ist die Gewährung eines Beratungshonorars.
4. Es gehört nicht zu den Pflichten des Steuerberaters, den Mandanten von Kapitalanlagen wegen der liquiditätsmäßigen Belastung abzuhalten. Der Mandant weiß, wie hoch er verschuldet ist und welche Liquidität ihm verbleibt.

Zum Sachverhalt:

Um Steuern zu sparen, nahm der Kläger in den Jahren 1976 bis 1981 Investitionen im Werte von DM 4.832.000,- vor. Er verlangt von dem Steuerberater Schadenersatz. Dieser sei nicht nur als Steuerberater, sondern auch als Anlageberater für ihn tätig gewesen. ...

Aus den Gründen:

Zwar war der Beklagte unstreitig von 1974 bis 1984 als Steuerberater für den Kläger tätig. In dieser Eigenschaft war er gemäß den §§ 675, 611 BGB verpflichtet, für den Kläger die Jahresabschlüsse zu erstellen und die Steuererklärungen abzugeben, so daß er über dessen Einkommens- und Vermögensverhältnisse Bescheid wußte. Darüber hinaus war er verpflichtet, den Kläger, soweit dieser ihn um Rat fragte, über **alle steuerlichen** Aspekte (Vor- und Nachteile) der ins Auge gefaßten steuerbegünstigten Investitionen aufzuklären (BGH VersR 1982, 245). Der Kläger hat aber nicht substantiiert dargelegt, daß ihn der Beklagte in **steuerlicher Hinsicht falsch beraten** und ihn dadurch geschädigt hat. Vielmehr macht er ihm zum Vorwurf, daß die Abschreibungsgesellschaften A., I. und P-KG „Pleiteunternehmen“ und die Immobilien nicht rentabel gewesen seien und ferner, daß der Beklagte ihn nicht davon abgehalten habe, sich über Gebühr zu verschulden.

Es gehört jedoch nicht zu den Aufgaben eines Steuerberaters, dessen Pflichten nicht mit denjenigen eines Vormunds verwechselt werden dürfen, seinen Mandanten, der ja weiß, wie hoch er bereits verschuldet ist und sich deshalb leicht ausrechnen kann, welche finanzielle Bewegungsfreiheit ihm noch verbleibt, von weiteren Investitionen abzuhalten, ganz abgesehen davon, daß hier der Beklagte, ohne dazu verpflichtet zu sein, dem Kläger sogar mit Schreiben vom 10. Mai 1982 von weiteren Investitionen abgeraten und ein Konzept entwickelt hat, wie der Kläger durch die Ablösung bestimmter Darlehen Liquiditätsengpässe vermeiden könne.

Ebensowenig gehört es zu den Aufgaben eines Steuerberaters, Auskünfte über die Bonität von Anlageobjekten und die Seriosität von Anbietern zu erteilen (Späth, DStR 1982, 509, 511) oder gar dem Anleger das mit seinen Investitionsentscheidungen verbundene unternehmerische Risiko abzunehmen.

Um in den angeblichen Auskünften und Empfehlungen des Beklagten nicht bloß eine nach § 676 BGB unverbindlichen Rat, sondern einen Vorgang zu erblicken, der die vertragliche Haftung des Auskunftsgabers nach sich zieht, ist es deshalb erforderlich, daß zwischen den Parteien vertragliche Beziehungen begründet worden sind, welche die Beratung und Erteilung von Auskünften über Kapitalanlagen zum Gegenstand haben, also ein sog. Anlagenberatervertrag. Ein solcher ist dann anzunehmen, wenn Auskünfte gegeben werden, die für den Empfänger erkennbar von wesentlicher Bedeutung sind und der Auskunftgeber für derartige Auskünfte sachkundig ist und ein wirtschaftliches Interesse an der Investition des Anlegers hat (BGH NJW 1979, 1449). Letzteres gilt insbesondere für Unternehmen und Personen, die sich gewerbsmäßig mit dem Vertrieb und der Vermittlung von Kapitalanlagen befassen, die sich als besonders sachkundig und vertrauenswürdig darstellen oder vorgeben, die Anlagegesellschaft selbst geprüft zu haben, sie regelmäßig zu kontrollieren oder selber daran beteiligt zu sein und infolgedessen über besondere Einflußmöglichkeiten zu verfügen (so BGH NJW 1979, 1449, 1450; LG Hagen, Der Betrieb 1979, 1076).

Der Kläger hat nicht schlüssig vorgetragen, daß zwischen ihm und dem Beklagten – wenn vielleicht auch nur stillschweigend – eine derartige Vereinbarung getroffen worden ist. Ein **wesentliches Indiz** hierfür ist die **Gewährung eines Honorars**. Der Kläger hat aber entgegen seinem ursprünglichen Vortrag auf eine entsprechende Auflage des Gerichts hin zugeben müssen, daß der Beklagte für die angebliche Anlagenberatung von ihm nie eine Vergütung erhalten hat. Auch seine in der Klageschrift

vom 27. Juni 1985 enthaltene Behauptung, der Beklagte habe von den Firmen Provision bezogen, konnte er nicht aufrechterhalten. Aus seinem Schriftsatz vom 2.12.1985 ergibt sich, daß es sich hierbei um eine bloße Vermutung ohne tatsächliche Grundlage handelt („Falls ihm nicht ein Honorar durch die Fa. J. AG zugeflossen sein sollte“). Der Beklagte hatte also kein eigenes wirtschaftliches Interesse an der Beratung und Erteilung von Auskünften über Anlageobjekte. Es ist kein vernünftiger Grund ersichtlich, warum der Beklagte bereit gewesen sein sollte, unentgeltlich eine Anlageberater Tätigkeit zu übernehmen, die ihn der Gefahr hoher Regreßansprüche aussetzte, ohne daß er selbst den geringsten Vorteil davon hatte. Das lag auch für den Kläger klar zutage; denn dieser konnte nicht ernsthaft damit rechnen, daß ihn der Beklagte nicht nur kostenlos beraten, sondern ihm im Falle einer ungünstigen Entwicklung auch die Verluste ersetzen werde, während ihm im Falle einer günstigen Entwicklung der gesamte Gewinn allein verbleiben sollte.

Dem Kläger kann auch nicht entgangen sein, daß der Beklagte wegen der Vielzahl der Anlageobjekte, deren unterschiedlichen wirtschaftlichen und rechtlichen Ausgestaltung sowie ihrer breiten geographischen Streuung, gar nicht imstande war, mit Aussicht auf Erfolg Nachforschungen über die Bonität der Abschreibungsgesellschaften und der anderen Anlageobjekte anzustellen und demzufolge auch keine zuverlässigen Auskünfte hierüber geben konnte.

Schließlich kann der Kläger auch nicht erwartet haben, daß beim Erwerb von Grundbesitz ohne jegliches Eigenkapital die Mieteinnahmen und Steuervorteile für sich allein ausreichen, um alle Ausgaben zu decken. Diese Vorstellung liefe nämlich darauf hinaus, daß das Eigentum an den Hausgrundstücken und den Wohnungen dem Kläger zu guter Letzt ohne den Einsatz eigener Mittel und ohne eigenes Risiko zufiele.

Außerdem hat der Kläger hinsichtlich der drei erstgenannten Investitionen widersprüchlich vorgetragen: Einerseits behauptet er, diese „von sich aus“ vorgenommen zu haben. Andererseits macht er geltend, der Beklagte habe ihn auch insoweit falsch beraten.

Unsubstantiiert ist das Klägervorbringen auch hinsichtlich des eingetretenen Schadens. Der Kläger hat nicht dargelegt, wodurch ihm im Einzelfall ein Schaden entstanden und wann dieser eingetreten sein soll, insbesondere ob die Abschreibungsgesellschaften A., I. und P. schon bei Einzahlung seiner Einlage in wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren. Es ist auch nicht ersichtlich, warum gerade die Immobilien bei ihrem Erwerb ihr Geld nicht Wert gewesen sein sollen. Daß später die Preise auf dem Immobilienmarkt fielen, kann der Kläger nicht dem Beklagten anlasten.

Ohne einen ausreichenden Vortrag hierzu kann auch gar nicht gesagt werden, worin ein Verschulden des Beklagten bestehen soll.

Abschließend ist festzuhalten, daß das wirtschaftliche Risiko bei einer Beteiligung an Abschreibungsgesellschaften und Bauherrenmodellen grundsätzlich den Anleger in seiner Eigenschaft als Unternehmer trifft und nur unter ganz bestimmten, eng begrenzten Voraussetzungen, die hier aber nicht vorliegen, seinen Berater.

Weiterführender Hinweis:

Vgl. LG Tübingen Ur.t.v. 20.12.1985 – 3 O 448/85 = GI 1986, 35 mit ausführlichen Rechtsprechungshinweisen zur Haftung wegen fehlgeschlagener Anlageberatung.

Haftung des Prospektprüfers

- Prospekthaftung und Bauherrenmodell
 - Warnpflichten des Prospektprüfers
- (LG Saarbrücken Ur.t.v. 30.10.1986 – 3 O 417/85)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Grundsätze der Prospekthaftung sind nicht auf Bauherrenmodelle anwendbar.
2. Der namentlich im Prospekt nicht genannte Prospektprüfer haftet nicht wegen in Anspruch genommenen Vertrauens.
3. Der Prospektprüfer hat keine Warnpflicht wegen unbefriedigender aber nicht besorgniserregender Bilanzen des Initiators, wenn bis zum Zeitpunkt der Prüfung alle Verbindlichkeiten von ihm erfüllt wurden, die Banken weiterhin hinter dem Unternehmen stehen und die Umsatzentwicklung gut ist.
4. Der Vertrag des Prospektprüfers mit dem Initiator hat keine Drittwirkung zugunsten der Bauherren.

Zum Sachverhalt:

Mitglieder einer Bauherrengemeinschaft machen u. a. Prospekthaftungsansprüche gegen den Mehrheitsgesellschafter des in Konkurs gegangenen Initiators und den in dessen Auftrag tätig gewesenen Prospektprüfer sowie einen Anlageberater geltend.

Die Prospektprüfung war nach den Grundsätzen der Stellungnahme 1/1983 des WFA im Institut der Wirtschaftsprüfer durchgeführt worden. Der Prüfungsbericht sollte laut Prospekt den Anlegern auf Anforderung zur Verfügung gestellt werden. Der Namen des Prüfers war nicht genannt.

Aus den Gründen:**Prospekthaftung im Bauherrenmodell?**

Unstreitig bestanden zu dem Beklagten keinerlei vertragliche Beziehungen.

Der Beklagte hat als einer der beiden Geschäftsführer die Baubetreuung R. u. K. GmbH, die Initiatorin der beiden Projekte, vertreten. Außerdem war er Mehrheitsgesellschafter der Firma.

Für eine etwaige Pflichtverletzung eines Vertreters haftet grundsätzlich der Vertretene, nicht aber der Vertreter selbst. Das gilt auch dann, wenn ein Partner aufgrund unrichtiger Angaben veranlaßt wird, sich auf einen Vertrag einzulassen.

Dem liegt die Überlegung zugrunde, daß im Verantwortungsbereich des Vertretenen gehandelt wird, und daß das Verhandlungsvertrauen in der Regel nur dem Vertretenen entgegengebracht wird (vgl. BGH in NJW 73, 1605; BGH in NJW 78, 1625).

Es hat sich nun allerdings in Übereinstimmung mit dem Schrifttum eine Rechtsprechung dahingehend entwickelt, daß sich der Vertragspartner unter Umständen nicht nur an den Vertretenen, sondern auch bzw. nur an den Vertreter selbst halten kann, wenn dieser in erheblichem Maße für seine Person das Vertrauen in Anspruch genommen oder dem Verhandlungsgegenstand besonders nahe gestanden und hierdurch die Vertragsverhandlungen beeinflußt hat (vgl. BGH in NJW 73, 1604 ff; BGH in NJW 78, 1625 ff).

Basierend auf dem Rechtsgrundsatz, daß auch der Vertreter und Sachwalter für Verschulden bei Vertragsverhandlungen haftet, wenn er für seine Person Vertrauen in Anspruch genommen und dadurch die Vertragsverhandlungen beeinflußt hat, bejaht der Bundesgerichtshof eine

sogenannte Prospekthaftung in einem bestimmten, vom Gesetzgeber als reglungsbedürftig nicht vorgesehen, aber ausfüllungsbedürftigen Bereich (vgl. BGH in NJW 81, 1449 ff).

Ausdrücklich entschieden hat der Bundesgerichtshof, daß es sich bei der Publikums-KG um einen entsprechenden Bereich handelt (vgl. BGH in NJW 78, 1625 ff; 79, 718; NJW 81, 1449 ff), und daß es in einem Fall, in dem Kommanditisten einer Publikums-KG auf dem freien Kapitalmarkt durch unrichtige oder unvollständige Emissionsprospekte der Gesellschaft oder der Komplementär-GmbH geworben werden, auch die Initiatoren, Gründer und Gestalter der Gesellschaft, soweit sie das Management bilden oder beherrschen, haften (BGH a.a.O.)

Hierzu hat der BGH ausgeführt, daß bei einer Publikums-KG der Abschluß des Aufnahmevertrages zwischen dem neu eintretenden Kommanditisten und allen übrigen Gesellschaftern zustandekommt, wobei diese übrigen Gesellschafter von durch sie zum Abschluß des Aufnahmevertrages ermächtigten Personen vertreten werden, bei denen es sich zumeist um die Komplementär-GmbH und deren Geschäftsführer handelt, und daß der Beitrittsinteressent bei der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen sein besonderes Vertrauen im allgemeinen nicht den späteren Mitgesellschaftern und auch nicht allein der Komplementär-GmbH, die den Aufnahmevertrag für sich und die übrigen Gesellschafter schließt, entgegenbringt.

Die besondere Ausgestaltung solcher Gesellschaften lasse dies sogar als ausgeschlossen erscheinen, denn diese stellten sich für die Beitrittsinteressenten, die durch Werbeprospekte öffentlich geworben werden, als ein abstraktes Gebilde dar, dessen interne Verhältnisse und finanzielle Leistungsfähigkeit sie nicht kennen.

Aus diesem Grunde werde typischerweise denjenigen Vertrauen geschenkt, die hinter der Komplementär-GmbH und hinter der Publikums-KG stehen, vor allem den Initiatoren und Gründern, die das Management bilden oder beherrschen, wozu auch Gründerkommanditisten gehören können (vgl. BGH in NJW 78, 1625 ff, NJW 79, 718 ff und BGH in NJW 81/1449 ff). Das Schutzbedürfnis des Beitrittsinteressenten liegt nach Ansicht des Bundesgerichtshofes darin, daß dieser im allgemeinen keine Unterrichtungsmöglichkeiten über das zu finanzierende Vorhaben bei der Publikums-KG hat, sondern auf die Angaben in dem Emissionsprospekt angewiesen ist, und daß der Entschluß, einer Publikums-KG beizutreten, für den einzelnen Beitrittswilligen von weittragender wirtschaftlicher Bedeutung und im Regelfall mit erheblichen Risiken verbunden ist (vgl. BGH in NJW 81/1450 ff).

Ob diese für die Publikums-KG entwickelten Grundsätze auch auf Bauherrenmodelle anzuwenden sind, ist bislang höchststrichterlich noch nicht entschieden.

Die Kammer hält eine entsprechende Anwendung auf das streitgegenständliche Bauherrenmodell, das sogenannte „Kölner Bauherrenmodell“, so wie es bei den Altenwohnstiften H. 1 und 2 praktiziert wurde, nicht für gerechtfertigt.

Unterschiede: Bauherrenmodell – Publikums-KG

Das Anlegermodell der Publikums-KG und das sogenannte „Kölner Bauherrenmodell“ sind nicht miteinander vergleichbar. Was die Konzeption und auch das Risiko betrifft, bestehen wesentliche Unterschiede.

Bei der Publikums-KG wird für den Beitritt eines Gesellschafters zur KG geworben, damit das notwendige Kapital zur Verwirklichung des Gesellschaftszwecks erlangt wird.

Im vorliegenden Fall hat eine GmbH, die bereits seit rund 10 Jahren existierte, die durch ihre Bauprojekte und Werbung ein überregional bekanntes Unternehmen war, welches in rund 10 Jahren ein Umsatzvolumen von 650.000.000 DM erreicht hatte, als Initiatorin, Baubetreuerin und Garantiegeberin für die beiden Wohnstiftprojekte geworben.

Da die Prospektherausgeberin demnach ein bekanntes Unternehmen war, bestand die Möglichkeit, in umfassender Weise Auskünfte über diese einzuholen. Der Prospekt war keineswegs die einzige Informationsquelle für einen interessierten Kapitalanleger.

Ein ganz erheblicher Unterschied besteht zur Publikums-KG auch darin, daß eine kapitalmäßige Beteiligung an der Prospektherausgeberin nicht vorgesehen war. Die Bauherren sollten sich vielmehr in Form einer BGB-Gesellschaft zusammenschließen und sich bei dem Abschluß von Verträgen von einem Treuhänder, der hier ein Rechtsanwalt war, vertreten lassen.

Der Anleger, der einer Publikums-KG beiträgt, akzeptiert einen bereits bestehenden Gesellschaftsvertrag, welcher alle maßgeblichen Regelungen enthält.

Der Kommanditist bringt lediglich Kapital in die KG ein. Von der Geschäftsführung der KG ist er ausgeschlossen, es stehen ihm lediglich Kontrollrechte zu.

Bis zur Höhe seiner Einlage haftet der Kommanditist den Gläubigern der KG unmittelbar, es sei denn, er hat seine Einlage geleistet.

Beim Konkurs der Gesellschaft ist die Einlage des Kommanditisten unmittelbar betroffen, denn er schuldet die Zahlung des Betrages mit dem er haftet und der zur Befriedigung der Gläubiger benötigt wird, zur Konkursmasse.

Das Schutzbedürfnis der Anleger bei der Publikums-KG ist daher groß, der Bundesgerichtshof hat dem, sowie der Tatsache, daß der Emissionsprospekt zumeist die einzige Informationsquelle ist, durch das Institut der Prospekthaftung, bei welcher der Vertreter haftet, Rechnung getragen.

Bei dem „Kölner Bauherrenmodell“, wie es bei 1 und 2 praktiziert wurde, existiert ebenfalls ein vorgefertigter Vertrag in Form von Vertragsbedingungen, welche zum Gegenstand des zwischen den Bauherrn und dem Treuhänder abzuschließenden Vertrages zu machen waren.

Die Vertragsbedingungen bezüglich der Projekte 1 und 2 dienen im wesentlichen der Koordinierung, die unerlässlich ist, um ein Bauvorhaben überhaupt verwirklichen zu können. Der vorgegebene Vertrag ist so konzipiert, daß die Bauherren die im Rahmen der geltenden Gesetze möglichen Steuervorteile erlangen können. Die Vertragsbedingungen gewährleisten, daß jeder Bauherr Teileigentum am Bauvorhaben erwirbt und als Eigentümer im Grundbuch eingetragen wird, sie gewährleisten weiter, daß die Bauherren – vertreten durch den Treuhänder – einheitliche Verträge abschließen.

Voraussetzung für die steuerrechtliche Anerkennung ist, daß die Verfügungsmacht über das Baugeschehen bei der Bauherrengemeinschaft liegen muß.

Die Vertragsbedingungen, die Gegenstand der Bauherrenverträge bezüglich der Projekte 1 und 2 sind, gestatten der Bauherrengemeinschaft ein Verhalten im Sinne des Erlasses vom 13.8.1981 (BStBl. I S. 604) in Übereinstimmung mit BFH vom 22.4.1980 (BStBl. II S. 441), was für die steuerlichen Auswirkungen von absoluter Bedeutung ist.

Bauherr ist gemäß diesem Erlaß

„wer auf eigene Rechnung und Gefahr ein Gebäude baut oder bauen läßt und das Baugeschehen beherrscht. Der Bauherr muß das umfassend zu verstehende Bauherrenwagnis tragen, d. h. wirtschaftlich das für die Durchführung des Bauvorhabens auf seinem Grundstück typische Risiko tragen, sowie tatsächlich und rechtlich die Planung und Ausführung in der Hand haben.“

Wenn auch in dem Bauherrenvertrag vorgesehen ist, daß die Bauherren einen Teil der erforderlichen Verträge mit dem Initiator oder mit einem von dem Initiator vorgesehenen Unternehmen abschließen, so enthält doch § 8 Abs. 9 die ausdrückliche Regelung, daß der Treuhänder, wenn es nach seinem pflichtgemäßen Ermessen erforderlich erscheint, berechtigt ist, die Verträge mit anderen Vertragspartnern zu schließen, und daß er hierzu sogar verpflichtet ist, wenn die Gesellschafterversammlung der Bauherrengemeinschaft einen entsprechenden Beschluß faßt.

Demnach ist die Bauherrengemeinschaft nicht an den gedruckten Prospekt gebunden. Der Prospekt bildet nur einen Vorschlag an die künftige Bauherrengemeinschaft. In § 7 Nr. 3 ist festgelegt, daß die Bauherrengemeinschaft über die Durchführung des Bauvorhabens, insbesondere über die Beauftragung eines Generalunternehmers oder eines Generalübernehmers, aufgrund des Planungsvorschlages in einer konstituierenden Gesellschafterversammlung entscheidet.

Die Bauherren hatten nach diesem Vertragswerk die Möglichkeit, einen entscheidenden Einfluß auf die Errichtung des Projektes auszuüben.

Das Modell ist auch mit weitgehender Sicherheit für die Bauherren ausgestattet, und zwar, was das von ihnen in das Bauwerk investierte Kapital anbelangt. Da der Bauherr Teileigentum an dem Bau erwirbt, verbleibt ihm bei einem Konkurs der Initiatorin der vorhandene Wert seines Teileigentums. Es besteht Gläubigern der Initiatorin gegenüber keine Haftung; es besteht grundsätzlich nur eine Haftung des Bauherrn für durch von ihm abgeschlossene Verträge entstandene Verbindlichkeiten selbst, eine gesamtschuldnerische Haftung mit den übrigen Bauherren ist ausgeschlossen.

Risiken sind selbstverständlich auch für die Kapitalanleger, die sich an einem Bauherrenmodell nach „Kölner Art“ beteiligen, vorhanden. Das Risiko besteht – wie sich hier gezeigt hat – im wesentlichen darin, daß Verträge, die vom Treuhänder für die Bauherren gemäß der Konzeption des Modells und aufgrund der allgemeinen Vertragsbedingungen abgeschlossen werden müßten, nicht oder nur teilweise erfüllt werden konnten, weil u. a. der Vertragspartner der Bauherren, die Baubetreuung R. u. K-GmbH sowie die M-GmbH, in Konkurs fielen und auch über das Vermögen der Zwischenpächterin C-GmbH das Konkursverfahren eröffnet wurde. Ein solches Risiko besteht für jeden, der Verträge abschließt, nicht nur für den Bauherrn einer Bauherrengemeinschaft, bei welcher der Bauherr bewußt Unternehmerrisiko eingeht, um die Steuervorteile erzielen zu können.

Dieses Unternehmerrisiko kann dem Bauherrn nicht abgenommen werden. Der Gesetzgeber hat ein entsprechendes Regelungsbedürfnis für die Bauherrenmodelle nach der hier vorliegenden Art nicht gesehen, was sich inzidenter aus dem Entwurf eines Gesetzes über den Vertrieb von Anteilen und Vermögensanlagen (vgl. Drucksache B/1405 vom 2.1.1978 des Deutschen Bundestages in der 8. Wahlperiode), in welchem die Prospekthaftung geregelt werden soll, ergibt. Es ist nicht vorgesehen, dieses Gesetz auf Bauherrenmodelle der hier vorliegenden Art anzuwenden.

Es besteht auch für die Rechtsprechung keine Veranlassung zu einer extensiven Anwendung der Prospekthaftung auf das „Kölner Bauherrenmodell“, bei dem die Bauherren in der vorerwähnten Art abgesichert sind.

Eine Prospekthaftung des Beklagten besteht demnach nicht.

Prospekthaftung des Prospektprüfers?

Die von dem Bundesgerichtshof entwickelten Grundsätze für eine Prospekthaftung sind nach Meinung der Kammer auf den Beklagten nicht anwendbar.

Eine Prospekthaftung setzt voraus, daß durch ein nach außen in Erscheinung getretenes Mitwirken an der Prospektgestaltung ein besonderer zusätzlicher Vertrauenstatbestand geschaffen wurde (vgl. BGH in NJW 80, 1841).

Der Beklagte ist weder Herausgeber noch Mitherausgeber der Prospekte für 1 und 2, er hat auch an der Prospektgestaltung nicht mitgewirkt, er hat lediglich die beiden bereits vorhandenen Prospekte nach bestimmten Richtlinien geprüft.

Der Hinweis in beiden Prospekten, daß Prospekt und Bauherrenvertrag von einem Wirtschaftsprüfer gemäß den allgemeinen Auftragsbedingungen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1.4.1977 sowie nach der Stellungnahme 1/1983, des WFA im Institut für Wirtschaftsprüfer geprüft sind, und daß der Prüfungsbericht auf Anforderung Interessenten zur Verfügung gestellt wird, begründet keine Haftung.

In den Prospekten ist der Beklagte **weder namentlich bezeichnet noch ist der Prüfungsbericht abgedruckt.**

Der Hinweis auf die Prüfung, so wie er sich in den beiden Prospekten befindet, ist nicht als ein nach außen in Erscheinung tretendes Mitwirken an der Prospektgestaltung im Sinne der BGH-Rechtsprechung zu qualifizieren (vgl. BGH a.a.O.).

Selbst wenn der Beklagte an der Erstellung der Prospekte mitgewirkt hätte, käme seine Haftung nach den Rechtsgrundsätzen der Prospekthaftung nicht in Betracht, denn der Beklagte ist in den Prospekten nicht namentlich in Erscheinung getreten. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes vermag allein der Hinweis auf ein dem Prospekt zugrundeliegendes Gutachten die Haftung des unbekannt gebliebenen Verfassers nicht zu begründen (vgl. BGH in WM 1986, 908).

Dies muß umso mehr gelten, wenn ein im Prospekt nicht genannter Wirtschaftsprüfer lediglich einen bereits existierenden Prospekt prüft.

Eine Prospekthaftung des Beklagten entfällt auch deswegen, weil nach Ansicht der Kammer die vom BGH erarbeiteten Rechtsgrundsätze für die Prospekthaftung bei der Publikums-KG nicht auf das Kölner Bauherrenmodell anwendbar sind (vgl. hierzu Ziffer II 1 a).

Bei einem flüchtigen Prospektleser kann der Hinweis, daß die Prüfung des Prospektes und des Bauherrenvertrages durch einen Wirtschaftsprüfer erfolgt sei, einen besonderen Vertrauenstatbestand schaffen. Einem aufmerksamen Prospektprüfer – und nur von einem solchen kann hier wegen der Bedeutung der Kapitalanlage ausgegangen werden – wird jedoch bewußt, daß der Hinweis auf eine Prüfung ohne Kundgabe des Prüfungsberichtes ohne besondere Bedeutung ist.

Die im Tatbestand bezeichneten und an dem Projekt 1 beteiligten Bauherren haben nicht substantiiert dargetan, daß sie den Prospektprüfungsbericht des Beklagten vor Abschluß des Beitrittsvertrages gekannt und eingehend geprüft haben.

Der Vortrag des Klägers, er sowie andere Bauherren hätten sich den Prüfungsbericht des Beklagten zusenden lassen oder sie hätten im Rahmen der Beratung durch die Beklagte Kenntnis vom Inhalt des Prüfungsberichtes erlangt und ihn der Beitrittsentscheidung zugrundegelegt, läßt nicht erkennen, ob und wann die einzelnen am Prozeß beteiligten bzw. hinter dem Prozeß stehenden Bauherren den Prüfungsbericht erhalten haben, ob sie tatsächlich vor ihrer Beitrittserklärung im Besitz des Berichtes waren und von ihm Kenntnis genommen hatten.

Von einer Kausalität des Prüfungsberichtes des Beklagten für die Beitrittsentscheidung der an dem Projekt 1 Beteiligten vermag das Gericht danach nicht auszugehen.

Wampflicht des Prüfers?

Selbst wenn man zugunsten der Bauherren von 1 unterstellt, daß die Angaben in dem Prospektprüfungsbericht des Beklagten auch Grund-

lage für ihre Beitrittsentscheidung gewesen ist, und wenn man davon ausgeht, daß der Kläger vor Abschluß des Beitrittsvertrages im Besitz des Prüfungsberichtes des Beklagten für 2 war, besteht keine Haftung des Beklagten.

Wie bereits ausführlich erörtert wurde, waren die Prospektaussagen mit geringen – näher bezeichneten Ausnahmen – weder unrichtig noch unvollständig.

Es wurde auch ausgeführt, daß in beiden Prüfungsberichten das Problem der Grunderwerbssteuer angesprochen ist, und daß der Prüfungsbericht für 2 einen Hinweis auf die Problematik in bezug auf die Mehrwertsteuer enthält.

Wie bereits erwähnt, enthält der Prospekt keine Angaben über die Werthaltigkeit der Garantien und über die Bonität von R. u. K. Für den Beklagten bestand keine Veranlassung für Hinweise auf die Vermögenssituation der Initiatorin.

Dem Beklagten lagen bei Erstellung der Prüfungsberichte die Bilanzen für 1981 und 1982 vor. Das Ergebnis für 1982 war zwar unbefriedigend, aber gab keinen Anlaß zur Sorge. Die Initiatorin hat unstreitig zur Zeit der Erstellung der beiden Prüfungsberichte alle Verbindlichkeiten erfüllt, die Banken standen voll hinter dem Unternehmen, die Umsatzsituation war gut.

Anlässe für warnende Hinweise seitens des Beklagten gab es nicht.

Die Frage der Rückstellungen orientiert sich nach dem insoweit geltenden Recht, wonach vorsorgliche Aufwandsrückstellungen unzulässig sind. Der Kläger hat nicht substantiiert dargetan, bezüglich welcher Leistungsverpflichtungen im Zeitpunkt der Prospektprüfungen Rückstellungen erforderlich und zulässig waren oder nicht erfolgt sind, so daß nicht erkennbar ist, inwiefern hier der Beklagte irgendwelche etwaige Hinweispflichten verletzt haben könnte.

Der Beklagte hat in dem Prüfungsbericht dargelegt, daß die Prospektprüfung keine Gewähr für den Eintritt des wirtschaftlichen Erfolges und der steuerlichen Auswirkungen der in dem Prospekt beschriebenen Kapitalanlage bietet und den Anleger nicht von der eigenen Beurteilung der Risiken und Chancen der dargestellten Tatsachen, Annahmen und Folgerungen entbindet, und daß der Bericht weder ein Rechtsgutachten noch ein technisches Gutachten ist.

Die beiden Prüfungsberichte des Beklagten erfüllen ihre Aufgabe, sie enthalten nämlich die Feststellung, ob die Prospekte, die für die Entschei-

derung der Kapitalanleger wesentlichen prüfbaren Angaben vollständig und richtig enthalten.

....

Keine Drittwirkung des Prüfungsvertrags mit dem Initiator?

Unmittelbare Vertragsbeziehungen bestanden zwischen dem Beklagten und den Bauherren nicht.

Der Beklagte ist im Auftrag der Baubetreuung R. u. K. GmbH tätig geworden.

Aus dem zwischen R. u. K. GmbH und dem Beklagten geschlossenen Vertrag kann der Kläger keine Ansprüche herleiten, denn es handelt sich nicht um einen echten Vertrag zugunsten Dritter im Sinne des § 328 BGB. es war nämlich nicht Inhalt des Vertrages, daß der Dritte einen eigenen Anspruch gegen den Beklagten erwirbt.

Ein unechter Vertrag zugunsten Dritter scheidet ebenfalls aus, denn es war auch nicht gewollt, daß der Beklagte mit befreiender Wirkung an einen Dritten, der im Zeitpunkt der Prospektprüfung noch unbekannt war, leisten dürfte.

Das Vorliegen eines Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter dürfte ebenfalls zu verneinen sein (vgl. BGH in NJW 73, 223, BGH in NJW 76, 1844). Aber selbst wenn man den zwischen R. u. K. GmbH und dem Beklagten abgeschlossenen Vertrag dahingehend auslegt, daß er Schutzwirkung für jeden Beitrittsinteressenten, der sich den Prüfungsbericht zum Prospekt zusenden läßt, entfaltet, so begründet dies keine Haftung des Beklagten. Einmal steht nicht fest, welcher an 1 beteiligte Bauherr vor dem Beitritt den Prüfungsbericht erhalten und studiert hatte, zum anderen – das gilt insbesondere für die am Projekt 2 Beteiligten – fallen dem Beklagten keine Pflichtverletzungen zur Last.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–4, 1987)

Allgemeine Geschäftsbedingungen		Honoraranspruch d. StB	
– Haftungshöchstsumme	87, 34	– Buchführungsmandat	87, 9
Anlageberatung		– Verjährung	87, 9
– Bonitätsprüfung	87, 52	Konkursverwalter, Haftung des –	
– Liquiditätsbelastung	87, 51	– Betriebsfortführung	87, 26 (LS)
– und Steuerberatungsvertrag	87, 51	Literatur- u. Rechtsprechungshinweise	
– unentgeltliche –	87, 52	– Honoraranspruch	87, 40
Antrag		– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 40
– Investitionszulage	87, 20	– Wiedereinsetzung	87, 23
= zuständiges Finanzamt		Mitverschulden (§ 254 BGB)	
Anwaltsvertrag		– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 35	Notar	
Belehrungspflicht		– Sachverhaltsermittlung	87, 8
– Ende der –	87, 50	– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
= und Mandatsende		Prospekthaftung	
– über eigene Fehler	87, 49	– bei Bauherrenmodell	87, 54
= schuldhaftige Verletzung der –		– des nichtgenannten Prospektprüfers	87, 54
Berichtigung gem. § 173 AO		Prospektprüfer	
– Mitarbeiterverschulden	87, 44 (LS)	– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Bauherren?	87, 54
– neue Tatsache	87, 44 (LS)	– Warnpflicht wegen Bilanzbild?	87, 54
Buchführungsauftrag		Rechtsanwalt	
– Buchung ohne Beleg	87, 4	– Bürogemeinschaft im Inkassobüro	87, 12 (LS)
– Unterschlagungsentdeckung	87, 4	Rechtsbeistand	
Darlegungslast		– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)
– Anlageberatungsvertrag	87, 45	Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
Dienstvertrag		– Anwalts- und Inkassobüro	87, 12 (LS)
– Anwaltsvertrag	87, 36	– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)
Dritthaftung		– durch Schuldenregulierung	87, 12 (LS)
– Haftungsbeschränkung in AGB	87, 34	– durch Versicherungsmathematiker/Rentenbescheid	87, 12 (LS)
– sittenwidrige, vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27	Sachverhaltsermittlung	87, 8
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 27	Sachverständiger	
= Kreditgeberschutz	87, 27	– Rechtsberatung durch	87, 12 (LS)
= Zwischenabschluß	87, 27	Schaden	
Fristenkontrolle		– Anwaltskosten f. Strafverfahren	87, 24
– unverschuldetes Säumnis/ Brief an unzuständiges FA	87, 20	– Geldbuße	87, 24
Geldstrafe/-buße		Steuerberatungsgesetz	
– Schaden	87, 24	– § 4 Ziff. 5	87, 13
Haftungsbeschränkung in AGB		= durch Unternehmensberater	
– Haftungshöchstsumme	87, 34	= unmittelbarer Zusammenhang	87, 14
Honoraranspruch d. RA		– § 57	
– vorzeitige Beendigung des Mandats, § 13 BRAGO	87, 35	= Gebührenzahlung durch Dritte	87, 17, 19
– Herabsetzung des –, § 3 Abs. III BRAGO	87, 34	= Unabhängigkeit	87, 17
– Pauschalhonorar	87, 34		

Steuerberatungsvertrag			
– und Anlageberatungsvertrag	87, 35	– Sekundäranspruch	87, 49
– Kündigung durch Mandanten	87, 35	= Belehrungspflicht	
– Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 32	Verschulden	
– Zustandekommen des –	87, 52	– Belehrung über Fehler	87, 49
= Indiz: Honorarzählung		Versicherungsschutz	
Steuerhinterziehung		– Klagefrist §12 Abs. III VVG	87, 26 (LS)
– Fortsetzungstat	87, 2	Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Strafbefehl, Rechtskraft	87, 2	– zugunsten des Kreditgebers	87, 27
– USt-Erstattungsanspruch	87, 2	– Prospektprüfungsvertrag	87, 54
– Verjährung	87, 2	zugunsten des Bauherrn?	
Testat		Vertragsgestaltung	
– Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	87, 27	– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
– Sorgfaltspflicht bei Erteilung von –	87, 27	Vorsatz	
Unerlaubte Handlung		– sittenwidrige vorsätzliche	87, 27
– sittenwidrige vorsätzliche	87, 27	Schädigung, § 826 BGB	
Schädigung, § 826 BGB		Wiedereinsetzung	
Unterschlagung		Erfolgskontrolle	87, 20
– Buchführungsmandat	87, 4	= falsches FA	
– Mitverschulden d. Mandanten	87, 6	= Kompensationsverschulden	
Verjährung		d. Gerichts/FA	87, 20
– des Honoraranspruchs	87, 9	– Weiterleitung an zuständiges	87, 20
Verjährung (§ 68 StBerG)		FA/Gericht	
– Schadenentstehung	87, 47		
= Kapitalanlage			
<hr/>			
BGH v. 28.1.1986 – I StR 611/85	87, 2	OLG Koblenz v. 3.12.1986 –	87, 45
= wistra 86, 142		7 U 673/86	
= Anm. Würthwein wistra 86, 258		OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9
BGH v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86	87, 2	LG Düsseldorf v. 16.5.1986 –	87, 12
= wistra 86, 257		22 S 564/85	(LS)
BGH v. 1.10.1986 – IVa ZR 108/86	87, 26	= RBeistand 1986, 129	
= VersR 1987, 39	(LS)	LG Düsseldorf v. 19.6.1986 –	87, 24
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 138/84	87, 13	14 O 11/86	
= WM 1987, 85 = EBE 1987, 36		LG Marburg v. 29.1.1986 –	87, 51
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 16/85	87, 18	2 O 192/85	
= WM 1987, 83 = EBE 1987, 40		LG Mosbach v. 14.2.1986 –	87, 12
= EWIR § 4 Nr. 5 StBerG 1/87, 189		KfH O 119/85	(LS)
(Michalski)		= RBeistand 1986, 127	
BGH v. 16.10.1986 – III ZR 67/85	87, 35	LG Saarbrücken v. 30.10.1986 –	87, 54
= WM 1987, 265		3 O 417/85	
BGH v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85	87, 7	LAG Hamm v. 13.5.1986 –	87, 12
BGH v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85	87, 27	11 Sa 2354/85	(LS)
= WM 1987, 257		= RBeistand 1986, 166 m. Anm.	
BGH v. 4.12.1986 – IX ZR 47/86	87, 26	EG Düsseldorf v. 5.12.1985 –	87, 12
= ZIP 1987, 115	(LS)	4 EV 117/83 und 4 EV 32/85	(LS)
OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 –	87, 2	= RBeistand 1986, 131	
Ss 125/86 = wistra 86, 273		Nds. FG v. 16.4.1986 – IX 312/81 –	87, 44
OLG Koblenz v. 25.10.1985 –	87, 3	= Stbg 1987, 18	(LS)
8 U 1340/84		OFD Frankfurt Vfg. v. 21.10.1986 –	87, 41
		S 2134 A – 10 – St II 20; Wpg 1987, 47	

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.